

Sehr verehrte Anwesende!

### *1. Die Krisen kommen auch bei uns an*

Es wird niemanden wundern, dass die Krisen, die die Welt, die Republik und unser Bundesland schütteln, auch massiv in den Städten und Gemeinden ankommen und sich schlussendlich auch in den kommunalen Haushalten niederschlagen. Während wir vor einem Jahr vor allem auf die damals vordringliche Corona-Pandemie-Krise geschaut haben, hat sich die seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 schlagartig eintretende weltbeherrschende Krise mittlerweile an mehreren Bereichen der Kommunalpolitik massiv bemerkbar gemacht. Wieder einmal haben wir Tausende von geflüchteten Menschen bei uns im Land, die unterzubringen und zu versorgen sind und die – soweit sie im entsprechenden Alter sind – in unserem Bildungssystem bedient werden müssen. Es sind mehr Menschen als im Jahr 2015, so dass die materiellen Belastungen, etwa in Bezug auf die Unterbringung, mindestens genauso stark oder noch stärker zu Buche schlagen als damals. Aber, und das ist die gute Nachricht, in der öffentlichen Wahrnehmung ist diese Flüchtlingskrise weniger präsent als damals. Dies mag daran liegen, dass wir es mit einem Wiederholungsfall zu tun haben und deswegen schon einigermaßen gewappnet sind oder daran, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine uns und unserer Bevölkerung von der Mentalität her näher stehen als die Mehrheit der Flüchtlinge von 2015. Die Diskussion darüber ist müßig, wir sind auf jeden Fall in unserer Solidarität gefordert und je mehr wir diesen Bevölkerungszuwachs als demografische Chance betrachten, desto besser sind die entstehenden Einschränkungen vermittelbar.

Jedoch sind die wirtschaftlichen Folgen der russischen Aggression viel gravierender. Wir kämpfen mit höheren Energiepreisen und in der Folge mit einer massiven Inflation, die alle Preise einschließlich der Baukosten nach oben treibt. Dazu kommen Lieferprobleme allenthalben, die immer wieder Fertigstellungsfristen betreffen, so dass die Verzögerungen auch zu Kostensteigerungen führen.

Leider ist hinter dieser Entwicklung diejenige Krise, die im Prinzip schon seit einigen Jahrzehnten angekündigt bzw. als Krise im Aufschwung ist, etwas ins Hintertreffen der Wahrnehmung geraten. Ich spreche von der Klimakrise, bei der wir lange vornehmlich von Klimaschutz geredet haben, mittlerweile aber immer mehr von Klimawandelanpassung reden müssen, da der Klimawandel selbst nicht mehr vermeidbar zu sein scheint. Es geht also um die Frage, wie wir mit den höheren Temperaturen umgehen und wie wir die Folgen der häufigen Extremwetterereignisse beherrschen können.

Vor diesem Hintergrund ist es fast eine Kleinigkeit, dass die Corona-Krise möglicherweise immer noch nicht ganz ausgestanden ist.

### *2. Finanzielle Gesamtsituation*

Dies alles ist bekannt und man wird die Frage einwerfen, warum ich es hier erwähne. Nun, wir wissen, dass all diese Krisen auf den verschiedenen Ebenen besondere Maßnahmen insbesondere finanzieller Art ausgelöst haben; da ist etwa von Doppel-Wumms oder Sondervermögen die Rede, originelle Bezeichnungen, die verbergen wollen, dass sie in die Staatsverschuldung führen. Bei allem wird man den Eindruck nicht los, dass es am Ende die Kommunen sind, die weiterhin den Auftrag haben, ihr seitheriges Geschäft klaglos und in der

bekannten Qualität zu verrichten, und dass der besondere Finanzbedarf, der sich in der Summe für sie ergibt, keiner besonderen Maßnahmen bedarf. Die dazwischen gelagerten Ebenen wie Region oder Kreis regulieren ihren eigenen Finanzbedarf über die entsprechende Umlage, die sie ja als Stellschraube in der Hand haben. Die Städte und Gemeinden, also wir, stehen in der Kette der Ebenen der öffentlichen Hand ganz unten und den Letzten beißen bekanntlich die Hunde.

Da passt es ins Bild, dass das Neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR), in dem wir seit einigen Jahren unterwegs sind, uns eher beiläufig auch noch aufgebürdet hat, die Abschreibungen zu erwirtschaften. Wir sind also verpflichtet, jedes Jahr ein paar Millionen zusätzlich aus dem Stein zu schlagen, von Erleichterungen auf der anderen Seite ist dabei keine Rede.

Nun plagt uns also unsere selbst auferlegte Schuldenobergrenze von knapp 17 Mio. Euro, die bei ihrer Entstehung zu Beginn des Jahrhunderts noch nichts vom NKHR wusste und die wir im Übrigen auch nie an die Inflation angepasst haben, die etwa in den letzten 30 Jahren kumuliert knapp 80 % beträgt.

Auch andere Städte vergleichbarer Größe sind in einer ähnlichen Lage und es ist daher nicht sinnvoll, die Schuldenobergrenze anzustarren wie das Kaninchen die Schlange. Hier sind dringend strukturelle Anpassungen aus der übergeordneten Politik erforderlich. Unsere Aufgabe ist es nach wie vor, die kommunalen Aufgaben für unsere Bevölkerung wahrzunehmen und jede Sanierung, die aufgrund eines übermäßigen Sparwillens liegenbleibt, führt letztlich zur weiteren Beschädigung von Kommunalvermögen und in der Folge zu grauer Verschuldung.

Der Haushalt 2023 und die Finanzplanung sind nach wie vor geprägt von hohen Investitionen; nach wie vor haben wir keine Perspektive, die notwendigen Abschreibungen, die sich hierdurch weiter erhöhen, zu erwirtschaften. Schon vor einem Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass eine neue Haushaltssystematik, die zwar allenthalben als modern und nachhaltig gelobt wird, den Schwarzen Peter aber bei den Städten und Gemeinden ablädt, nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann.

### *3. Kinderbetreuung, Bildung und Sport*

Die aufwändige, aber angemessene Generalsanierung des Lessing-Gymnasiums geht weitgehend planmäßig voran; hier sind wir angesichts der erwähnten Baupreis- und Lieferkettenproblematik mit einem blauen Auge davongekommen.

Im Bereich der Kinderbetreuung sind wir in großen Projekten unterwegs: Der Bau der Kinderhäuser Adelsbach I und Koppellesbach bindet uns für die nächsten Jahre mit einem zweistelligen Millionenbetrag. Auch weil weitere Kita-Bauprojekte vor der Tür stehen, werden wir uns in der Folge darauf einstellen müssen, dass sowohl die laufenden Sachkosten als auch der Personalhaushalt in diesen Bereichen weiterhin wachsen werden, da die Anforderungen im Bereich der Kinderbetreuung größer werden. Schöne und funktional klug geplante Kitas gefallen aber nicht nur den Jüngsten in unserer Stadt, sie sind auch geeignet, im Markt des Erziehungspersonals mit einer attraktiven Arbeitsumgebung zu punkten. Denn der Fachkräftemangel wird in diesem Bereich in den kommenden Jahren ein wichtiges Thema sein.

#### 4. Klimaschutz, Energie und Nachhaltigkeit

Wir stehen zu unserer Verpflichtung, bis 2035 klimaneutral zu werden. wieder möchte ich an dieser Stelle betonen, dass es unser Ziel sein muss, nicht nur unsere Verwaltung zur Klimaneutralität zu bringen, sondern unsere ganze Stadt.

Auch wenn hier vieles außerhalb unserer Zuständigkeit ist, müssen wir mindestens vorbildhaft agieren, um unsere Bürger\*innen überall da, wo es machbar und sinnvoll ist, in ihrem Verhalten zum Klimaschutz anzuhalten. Naheliegende klimaschützende Maßnahmen, die entweder nicht bekannt sind oder aus Trägheit nicht ergriffen werden, können auch durch das Setzen von geeigneten Anreizen in eine bessere Umsetzung kommen.

Darüber hinaus haben wir eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Der Anteil des Umweltverbunds im innerstädtischen Verkehr muss erhöht werden. Wir müssen den ÖPNV attraktiver und seine Leistungsfähigkeit bekannter machen, indem wir die kostenlose Nutzung an Tagen besonderer Veranstaltungen in der Stadt beibehalten und intensiv bewerben.

Beim Radverkehr gibt es Luft nach oben: Im Fahrradklimatest 2020 des ADFC belegen wir unter den 415 deutschen Städten vergleichbarer Größe Platz 280, u.a. hinter Fellbach, Weinstadt und Schorndorf. Hier sollten wir einen größeren Ehrgeiz entwickeln. Wir sind gespannt auf das Ergebnis aus 2022, das im Frühjahr veröffentlicht wird. Es ist für uns unstrittig, dass weitaus mehr Erledigungen als bisher mit dem Fahrrad gemacht werden können.

Insgesamt hätten wir uns zum Thema der Mobilität in Bezug auf alle Verkehrsarten und den hierbei zu verfolgenden Zielen ein Gesamtkonzept für unsere Stadt gewünscht, das im Zusammenwirken aller Beteiligten und unter fachlichem Input von außen zu erarbeiten gewesen wäre. Nach einer längeren Diskussion entschied die Mehrheit des Gemeinderates sich dagegen. Schade!

Wir werden die Berichterstattung zu den Klimaschutzbemühungen in Winnenden weiterhin im Auge behalten. Es müssen weitere relevante Kennzahlen herausgearbeitet, kontinuierlich ermittelt und im Sinne von Teilzielen in den Fokus genommen werden, damit die großen Aufgaben Klimaschutz und Klimawandelanpassung in machbare Teilschritte zerlegt werden.

In diesem Zusammenhang ist die uns aufgebene kommunale Wärmeplanung ein wichtiger Baustein: Zuerst gilt es zu ermitteln, wie in unserer Stadt geheizt wird, und dann muss daraus eine Vorgehensweise abgeleitet werden, um unter den örtlichen Bedingungen unserer Stadt am effizientesten zum Ziel eines flächendeckenden Heizens mit erneuerbaren Energien zu gelangen.

Ein Baustein wird dabei sicherlich sein, mehr Sonnenenergie zu nutzen. Gemeinhin denkt man hier an die Photovoltaik. Jedoch hat die oftmals stiefmütterlich behandelte Solarthermie, also die unmittelbare Nutzung der Sonneneinstrahlung zur Wärmeerzeugung, ein weitaus höheres Potenzial, da der Wirkungsgrad mehr als dreimal so hoch ist. Auch hat die Solarthermie vor dem Hintergrund der höheren Gaspreise mittlerweile eine bessere Rentabilität als bisher.

Bei der Gestaltung der bestehenden und von neuen Wohnquartieren müssen konsequent alle Möglichkeiten zur Anpflanzung von schnellwachsenden großkronigen und robusten Bäumen zur lokalen Anpassung an den Klimawandel identifiziert und genutzt werden.

## 5. Wohnungsbau

Wir stehen nach wie vor zu unserem Eigenbetrieb Stadtbau. Der soziale Wohnungsbau ist in Deutschland jahrzehntelang vernachlässigt worden und die dadurch entstandene Lücke in der Wohnraumversorgung macht sich allenthalben schmerzhaft bemerkbar. Es sind nun die Kommunen, die in die Bresche springen müssen. Es wird weiterhin Wohnraum benötigt, auch wenn die Baukonjunktur derzeit zum Innehalten gezwungen ist. Um den weiteren Flächenfraß auf der grünen Wiese einzuschränken, müssen konsequent alle Möglichkeiten geprüft werden, im Innenraum Flächen zum Wohnungsbau zu aktivieren oder Leerstände zu beenden. Baulücken müssen in den Blick genommen und alte Bebauungspläne auf die Möglichkeit der Verdichtung hin überprüft werden.

## 6. Ausblick auf 2023

Im kommenden Jahr erwarten wir das 50-jährige Jubiläum der Erhebung Winnendens zur Großen Kreisstadt, die Paulinenpflege feiert ihr 200-Jahr-Jubiläum, die Städtepartnerschaft mit Santo Domingo de la Calzada wird 30 Jahre und der Rems-Murr-Kreis wird 50 Jahre alt. Das sind alles Jubiläen, die eine Feier wert sind, aber die drängendste Frage wird sein, wie es in der Ukraine weitergeht und wann dieser unsägliche Krieg zu Ende sein wird. Abgesehen von dieser weltpolitischen Frage und ihren zahlreichen Konsequenzen sehen wir in Bezug auf die Finanzverhältnisse zwischen Bund, Ländern und Kommunen grundsätzlichen Regelungsbedarf.

Wir sind gespannt, was alles auf uns zu kommt. Es werden sicher – wie immer – zahlreiche Entscheidungen sein, die auch unser kommunalpolitisches Handeln betreffen.

Zum Ende meiner Rede danke ich allen Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung, den nachgeordneten Einheiten und vor allem unserer Kindertagesstätten für ihren Einsatz im Jahr 2022. Unser Dank gilt auch den Kolleg\*innen im Gemeinderat für die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit im Gremium.

Wir wünschen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2023. Bleiben Sie gesund und behalten Sie sich Ihr Interesse am Geschehen in der Stadt, in unserem Land und in der Welt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Entscheidungen stets miteinander getroffen werden, denn nur dann haben sie eine Chance, im echten Konsens vollzogen werden zu können.

Dem Haushalt 2023 stimmen wir zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion der ALI  
Christoph Mohr